

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer; in Leipzig: Jäger & Sohn, H. Engler; in Hamburg: Hasenfeld & Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchdr. g.

Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergrödigst geruht:

Dem Strafanstalt-Director Nöß zu Görlitz den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Großkreuz des Schödell zu Stettin und dem Schullehrer-Schweiz zu Hohenleina den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Schullehrer-Wallendorf zu Frankfurt a. O., dem Schullehrer-Vater zu Dittmannsdorf, dem Schullehrer-Kath. zu Giesendorf, so wie dem Schleusenmeister Lorenz zu Brieslow und dem Armeindienner Gaertner zu Breslau das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Rechtsanwalt und Notar Hesse zu Mühlhausen bei seiner Amtstellung als Mitglied des Kreisgerichts in Erfurt zum Kreisgerichtsrath zu ernennen, und dem Kgl. Eisenbahn-Bureauvorsteher Laskom zu Bromberg den Charakter als Consistorialrat zu verleihen.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hamburg, 25. Januar, Abends. Den „Ham. Nachr.“ ist eine scharfe offizielle Widerlegung der in der letzten Muray'schen Note enthaltenen Behauptungen und der den Bundeskommässären gemachten Vorwürfe zugegangen, mit der Ausdeutung, die Bundeskommässäre würden jene Vorwürfe zum Gegenstande einer energischen Klageführung beim Bundestage machen.

Kiel, 25. Januar. Gestern kam mit Hilfe von Arbeitern, welche eine Röhre durch das Eis brachen, ein großes englisches Dampfschiff in den biechten Häfen.

München, 25. Januar, Nachmitt. Die Nachricht der Südd. Blg., daß Bayern mit Österreich über die schleswig-holsteinische Angelegenheit unterhandelt und bereit sei, wenn die Grobmächte Holstein dem Herzog Friedrich überlassen wollten, über Schleswig auf einer Conferenz zu unterhandeln, wird von der „Bayerischen Zeitung“ für ganz unbegründet erklärt.

Landtags-Verhandlungen.

32. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.

Präsident Grabowtheilt mit, daß der Präsident des Herrenhauses ihm habe den Wortlaut der Beschlüsse des Herrenhauses im Bezug auf den Etat von 1864 zugehen lassen. Der Präsident fährt fort: Ich bin der Ansicht, daß nach der Verfassung ein Staatshaushalt-Etat vor dem Jahre 1864 zu Stande kommen muß, und daß folgerecht das Haus der Abgeordneten, ehe das Gesetz zu Stande gekommen ist, überhaupt nicht entlassen werden kann. (Bravo.) Gleichwohl babe ich mit Rücksicht darauf, daß uns jetzt von dem Herrn Präsidenten des Herrenhauses der Beschluß des selben zur weiteren Beratung überwiesen worden ist, Ihnen den Vorschlag zu machen, daß wir dieses Schreiben mit dem Gesetzentwurf und der Anlage an die Budgetcomission zur Berücksichtigung und zwar noch in der heutigen Sitzung, überwisen, und daß die Mitglieder der Commission die heutige Sitzung verlassen, um uns noch heute einen bestimmten Antrag vorlegen zu können. — Abg. v. Gottingen: Er halte das vom Präsidenten vorgeschlagene Verfahren für nicht zulässig. — Präsident Grabow: Das Haus hat die Gesetzesordnung sich selbst gegeben und hat sie auch selbst auszulegen. Im Jahre 1852 hat es in einem gleichen Falle in der Weise gehandelt, wie er heute vorzugeben vorsiegt. Ich bin der Ansicht, daß wir es ans und dem Lande schuldig sind, uns hier noch eilig über diesen Gegenstand zu verständigen. (Bravo.) — Abg. v. Gottingen: Natürlich bleibe der Minorität nichts Anderes übrig, als zu protestieren. — Das Haus nimmt den Vorschlag des Präsidenten mit großer Majorität an. (Dagegen räumen nur die Conservativen und

einige Mitglieder der katholischen Fraktion.) — Die Mitglieder der Commission verlassen darauf den Saal.

Folgt Beratung des Berichtes über die Militärvorläge. — Regierungs-Commissarius Oberst Böse verliest eine Erklärung des Kriegsministers, in welcher dieser erklärt, daß er, da er keinen Erfolg für das Zustandekommen des vorgelegten Gesetzes nicht erwarten könne, auf eine Fortsetzung der Debatte verzichte. Da auf diese Weise eine Lösung des Conflictes nicht möglich sei, so müsse die Regierung die Reorganisationfrage als eine reine Budgetfrage betrachten und habe jetzt, nachdem das Budget abgelehnt sei, kein Interesse an einer weiteren Verhandlung mehr. — Abg. Graf Schwerin: Er habe sich während der Rede des Regierungs-Commissarius das Wort zur Generaldisputation erbeten, da er eine Erwiderung auf dieselbe für nothwendig halte. — Abg. Dr. Waldeck ist der Ansicht, daß diese Erwiderung dem Berichterstatter überlassen werden könne.

Referent Abg. Dr. Gneist: Der Kriegsminister hat die Darstellung des Commissariats eine unvollständige, pragmatische und parteiische genannt. Diese Darstellung ist keine pragmatische, sondern eine schlichte, historische Darlegung des Verlaufs der Militärfrage, basierend auf authentischen Staatsakten. Der Kriegsminister hat in der Commission mit keinem Worte sich über die Wehrpflicht erklärt, die in den bisherigen Erklärungen der Regierung enthalten sind. Redner weist diese Widersprüche nach, indem er die in der Reorganisationfrage Seiten der Regierung in den verschiedenen Stadien abgegangenen Erklärungen durchgeht. Diese Widersprüche lassen sich nicht fortlegen, und wenn der Kriegsminister sie nicht sehen will, so kommt das daher, weil er seine taktischen Dispositionen geändert habe. Er glaubte sicherlich, mit der Reorganisation ein zuverlässigeres Heer schaffen zu können und wollte gleichzeitig, wie man gefragt, gegen die Revolution und die Demokratie kämpfen, und ich muß gestehen, daß er diese taktische Disposition mit Geschick und Consequenz vertheidigt hat, so daß selbst die Commissionen zur äußersten Vorsicht gezwungen waren. Dem Kriegsminister ist es aber dabei ergangen wie manchem General, der den Feind, den er bekämpft, verkannt hat. Er hat die Revolution zu bekämpfen geglaubt und seine Disposition war gegen Geley und Verfassung gerichtet. (Lebhafte Bravo.) Wahrlich nicht die Revolution ist in unserem Lande zu bekämpfen: kein Monarch hat ein loyaleres, königstreueres Volk gehabt, als König Wilhelm I. bei seiner Thronbesteigung. (Lebhafte Bravo.) Das Volk hat sich nicht geändert, aber wohl die Regierung in den letzten Jahren. (Stürmischer Beifall.) Der Kriegsminister nimmt überhaupt diesem Hause gegenüber eine privilegierte Stellung ein; er ist Soldat, und für Soldaten gilt die 1000jährige Rechtsvermutung, daß sie vom Rechte nichts zu wissen brauchen, daß sie immer bona fide sind. Aber diese persönliche bona fides des Kriegsministers kann doch nichts an der Verfassung und dem Gesetz des Landes ändern. Es ist überhaupt eine eigenhümliche Erscheinung, daß in dieser Militärfrage, welche die Lebensbedingung des preußischen Staates so tief berührte, die andern Repräsentanten ganz unvertreten sind, daß sich seit Jahren weder der Finanzminister, noch der Minister des Innern daran beteiligen, und daß der Justizminister in dem Augenblick verschwunden ist, wo der Kriegsminister die Theorie entwickelte, daß in der Gesetzesammlung publizierte Gesetze durch einseitige königliche Verhältnisse aufgehoben werden können. (Bravo.)

Ich habe so viel Respekt vor der Ehrenhaftigkeit der preußischen Beamten, daß ich glaube, es würde kein

die Mehrzahl der dort verwendeten Frauen weder lesen noch hören können. Schließlich empfiehlt Redner die Beibehaltung der Arbeiterwohnungen und fügt hinzu: „Ich empfehle Ihnen diese Reformation; geben Sie dem Arbeiter große Freiheit und zugleich größere Mittel, vollkommen moralisch zu sein. Um in Frankreich Bürger zu haben, welche die öffentliche Moral zu wahren wissen, nur gerechte Wohlthäten zu besitzen, welche die Concurrenz des Auslandes belämmern können, muß man vor Allem die Familie wieder in ihre Rechte einsetzen, der Frau die Macht der hohen Gefühle zurückgeben, durch welche die Männer mächtig sind, mögen sie nun Generale und Ingenieure oder einfache Soldaten und Arbeiter sein.“ Die Rede Jules Simons machte auf die Versammlung einen tiefen Eindruck, wie aus die Abstimmung bewies, bei welcher sich 54, darüber die drei Parteien, für die Annahme des Amendements aussprachen. Die Rede Jules Simons entwarf übrigens auch ein Bild von der Lage der Arbeiter in Frankreich, welche, besonders was die Arbeit der Frauen und Kinder anbelangt, eine ungewöhnliche zu nennen ist, namentlich, wenn man sie mit den Zuständen in Deutschland vergleicht. Jules Simon erörterte aber auch noch die Frage, wovon die Arbeiter-Coalitionen kommen. Die gewöhnliche Ursache zu denselben fand er nicht in dem abstrakten Vergleich, welchen der Arbeiter zwischen dem Gewinne anstelle, den sein Meister mache und beweise, was ihm zulomme. Was den Arbeiter verleiht, sei das dringende Bedürfnis in Fällen, wo seine Arbeit ihm nicht den nötigen Lebensunterhalt verschaffe. Es sei daher notwendig, daß, wenn man das Gesetz gegen die Coalitionen abschaffen wolle, man zugleich Mittel aufstellen müsse, um zu verhindern, daß in Zukunft nicht nach vorne neue Lebelsstände eintreten. Jules Simon spricht hier von allen denen, die sowohl in der Stadt, als auf dem Lande ihren Unterhalt durch ihre Handarbeit gewinnen müssen. Die Lage der Arbeiter werde aber nur durch zwei Dinge erschwert: durch das Heraabdrücken des Lohnes und durch das Wohlverhältnis zwischen dem Lohn und dem Preise der gewöhnlichen Lebensmittel. Die Gesellschaft könne hauptsächlich in letzterer Beziehung wirken, nicht, indem sie die Preise der Lebensmittel herabzubringen suche, sondern dadurch, daß sie die Associa-

tionszinsen erhöhen, die das materielle Leben des Arbeiters erleichtern können. Unter den Associationen dieser Art seien das gegen die, welche die Arbeiter unter sich abschließen, wie dieses in Grenoble geschieht, die zweckmäßigsten. Redner will keineswegs die übrigen Associationen, die zu einem Befreiung des Arbeiters und aus Wohlthätigkeit stießen, daß sie Befreiung iarden. Ein anderes Mittel, das Ausgaben des Arbeiters zu verringern, sei die Gemeinschaft des Handwerkzeuges. Dieses dürfte jedoch nicht so weit getrieben werden, daß es den Interessen der Familie schadet. Dann die erste Ansicht sei, Alles aufzuhören, damit der Arbeiter in seiner Familie und nicht außer dagegen lebe. Der Redner will keineswegs der Dampfstraße den Ring erklären; ehemals aber habe der Arbeiter in einer kleinen Werkstatt gelern, so zu sagen unter den Augen seines Vaters und seiner Mutter. Heute sei das Industriuum, wie verloren in einer großen Werkstatt von 2-300 Arbeitern. Dieses sei eine große Gefahr, und man müsse suchen, den Arbeiter der Familie zu bewahren. Die Wohlthätigkeit müsse daher heute Alles aufzuzeigen, damit die Familienbande nicht zerstört werden. Dieser Grundtag müsse auf die Organisation des gemeinschaftlichen Handwerkzeuges jenes Anwendung finden. Die Vervielfältigung der öft nützlichen Bäder und Waschanstalten sei auch eine wahre Wohlthat; denn die Wohlthätigkeit sei Tugend, und wenn dieselbe eine National-Tugend werde, so würde dies als eine große sociale Wohlthat gepriesen werden. Die Frage über den Arbeitslohn habe man vor 15 Jahren in einer wenig friedlichen Zeit debattiert. Man möge den jetzigen ruhigen Augenblick benutzen, um sie zu studieren. Am leichtesten erfolge Erhöhung der Löhne, wenn die Industrie gute Zeiten habe; solche Meister und Kaufleute haben werden, sie auch ihre Arbeiter gut bezahlen und sie nicht gehen lassen, während, wenn dieselben keine Geschäfte machen, sie schlecht bezahlen und ihre Arbeiter ihres Dienstes entziehen. Die Arbeiter dürfen daher nie vergessen, daß sie mit den Fortschritten der Industrie solidarisch seien, und daß ihre Lage nur dann eine gute sein könne, wenn die Industrie blühe. Uebrigens könne man dem Arbeiter auch mit einer gewissen Anzahl von Hilfsleistungen bestehen; wenn man dieselben jedoch näher untersucht, so erkennt man über

fall.) Hat doch selbst Napoleon I., als er hingerissen von Leidenschaft gegen das Gesetz vorgehen wollte, den Vorstellungen eines deutschen Generals nachgegeben, der ihm mit den Worten entgegen trat: Votre Majesté va fusiller la loi.

Präsident: Der Herr Vorsitzende der Budgetcommissiontheilt mir mit, daß die Commission ihren Auftrag erledigt habe. Wir werden also die Berathungen jetzt unterbrechen. Abg. v. Hordenbeck: Die Commission schlägt Ihnen folgende Resolution vor:

"Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: 1) Der von dem Herrenhaus in seiner Sitzung vom 23. Jan. d. J. gefasste Beschluss, durch welchen dasselbe nach Ablehnung des von dem Hause der Abgeordneten beschlossenen Staatshaushaltsgesetzes für das Jahr 1862 den dem Herrenhaus verfassungsmäßig nicht vorliegenden Budgetentwurf der Königl. Staatsregierung im Ganzen angenommen hat, verstößt gegen den Art. 62 der Verfassung und ist deshalb null und nichtig; 2) das Herrenhaus hat durch diesen Beschluss das wichtigste Recht des Abgeordnetenhauses verletzt und gleichzeitig durch die Ablehnung des von dem Abgeordnetenhaus beschlossenen Staatshaushaltsgesetzes der Königl. Staatsregierung die verfassungsmäßige Bezugnahme entzogen, die darin bewilligten Ausgaben im Betrage von 137,97,941 Tdt. zu leisten; 3) die Königl. Staatsregierung macht sich eines offenen Verfassungsbruches schuldig, wenn dieselbe fortfährt, ohne Zustimmung beider Häuser des Landtages über die Mittel des Staates eigenmächtig zu verfügen; 4) jede Anleihe — in welcher Form es auch sei — die ohne Genehmigung der Landesvertretung für den Staat aufgenommen werden sollte, ist verfassungswidrig und für den preußischen Staat allezeit unverbindlich."

Mit Rücksicht darauf, daß die verfassungsmäßige Existenz des Hauses wohl nur noch von kurzer Dauer sein wird, werde ich mich in der Begründung der Resolution kurz fassen. Die erste Resolution wiederholt den Beschluss des Hauses vom 13. Okt. 1862. Durch den Beschluss, welchen das Herrenhaus über den von der Staatsregierung vorgelegten Etatengesetzentwurf gefasst hat, wird Art. 62 der Verfassung verletzt; eimal soll der Etat uns zuerst vorgelegt werden, daraus folgt, daß das Herrenhaus den Etatentwurf nur wie er aus unsern Beschlüssen hervorgegangen ist, in Berathung nehmen darf. Gegen diese Bestimmung hat das Herrenhaus gehakt, indem es den Entwurf der Regierung angenommen hat. Es hat das Herrenhaus die wichtigste Prätrogative des Abgeordnetenhauses verletzt und dagegen müssen wir uns verteidigen. Nach dem klaren Wortsame des Art. 99 der Verfassung in Verbindung mit Art. 104 hat die Regierung nur ein Recht, über die Staatsgelder zu verfügen, wenn sie durch das Gesetz mit dieser Verfügung beauftragt ist. Das Herrenhaus hat die von uns bewilligten 137 Millionen verworfen und die Staatsregierung hat nicht die Bezugnahme, auch nur einen Pfennig davon auszugeben. Die Verfassung läßt für diesen Fall, um die verfassungsmäßige Fortexistenz des Staates zu sichern, einen Ausweg zu.

Ich habe nicht zu untersuchen, ob die Staatsregierung diesen Ausweg ergreifen will. Thut sie es nicht, so macht sie sich des offenen Verfassungsbruches schuldig und das muß dem Lande gegenüber constatirt werden. (Bravo.) Man kann eine Anleihe in verschiedenen Formen contrahiren; man kann sie im Lande und im Auslande contrahiren. Wir haben gehört, daß der Ministerpräsident die Mittel nehmen will, wo er sie finde; wir haben die Erklärung im Herrenhaus bei dem Adressentwurf vernommen, wir haben in conservativen Blättern eine Kronanleihe erörtert gefunden. Damit Niemand im Inlande und Auslande darüber im Unklaren ist, dorwa soll ausgesprochen werden, daß eine solche Anleihe für alle Seiten unverbindlich ist und von keiner künftigen Landesvertretung irgendwie respectirt werden wird. (Bravo.) Abg. Wagener (Neustettin): Er halte sich für verpflichtet, Protest einzulegen gegen die Art und Weise der Behandlung dieses Antrages. Er glaubt, daß die Majorität des Hauses nicht die Berechtigung habe, sich durch ihren Beschluss über ihre Geschäftsordnung hinwegzusetzen und er protestiret gegen eine Behandlung, die er seinerseits für null und nichtig erklärte. (Bravo rechts.)

Präsident Grabow erklärt, daß das Verfahren, nach § 18 der Geschäftsordnung, zulässig sei und daß vor zwei Jahren ebenso verfahren sei.

Graf Schwerin: Es hätte dafür gestimmt, das Schreiben des Herrenhauses einfach zu den Acten zu legen. Die Behandlung der Sache entspreche nicht der Geschäftsordnung. Was die letzten beiden Sätze der Resolution anbelangt, so sei er der Sache nach einverstanden, kann jedoch die formelle Behandlung nicht allseitig anerkennen, und müsse deshalb da-

die Geringfügigkeit der Mittel, um einem so grohem Uebel zu steuern. "Seit 15 Jahren" — fügt Jules Simon hinzu — „habe ich aus allen Kräften an der Lösung dieser Frage gearbeitet. Ich wäre glücklich gewesen, ein kräftig wirken es Mittel zu finden, um das Elend, den Pauperismus zu vernichten, von dem man heute so viel spricht. Aber ich bin zur Überzeugung gekommen, daß dieses große Mittel nicht existirt. Deshalb darf man auch die kleinen Hilfsleistungen nicht mißachten. Man muß sie im Gegentheil fortwährend in Anwendung bringen, und zwar mit Ausdauer, mit Herz und Muth, denn wenn man von einem kleinen Resultat zu einem andern schreitet, so erlangt man vielleicht endlich ein großes." Kurze Zeit bildete man sich ein, daß die Associationsfreiheit alle Uebel heilen könne: nun sei dies gewiß eine gute Sache, aber sie dürfe die individuellen Bemühungen nicht ganz verdrängen. Associationen könnten gute Resultate erzielen, aber sie dürften die individuelle Energie und Initiative nicht entmuthigen. Was die Aufmunterung und den Schutz betrifft, die man den Associationen gewähren will, so weiß Redner dieselben nicht zurück, wie eine radicale Schule es thue; überhaupt sei der Radicalismus in seiner Beziehung gut. Was ihn betrifft, so will er, daß die Regierung die individuelle Initiative überwache und sie unterstützen. So könne man z. B. sehr gut leichtere Arbeiten von Arbeiter-Associationen ausführen lassen, anstatt sie Unternehmern zu geben. Er wünscht, daß die Fabrikanten die sie betreffenden Fragen gemeinschaftlich mit ihren Arbeitern prüfen und untersuchen und sich gegenseitig Concessions machen. Hier berührt nun Redner die Frage betreffs der reisenden Handwerksburschen, die man in Frankreich „Ouvriers nomades“ nennt. Er scheint die in dieser Beziehung in Deutschland bestehenden Einrichtungen nicht zu kennen. Wie aus diesem Theile seiner Rede hervorgeht, will er, daß die Arbeiter sich überall fest ansiedeln, in der nämlichen Werkstatt oder Fabrik bleiben, kurz, an dieselbe gebunden sind, wie der Bauer an seine Scholle. Redner tritt für die persönliche Initiative ein, er scheint aber nicht daran zu denken, daß das Reisen dem Arbeiter allein Initiative verleihen kann, und daß, wenn er sein Leben lang in einer und derselben Fabrik verweilt, er eben zuletzt nichts weiter ist, als eine Maschine. Die französischen Arbeiter wechseln schon heute

gegen stimmen. — Abg. v. Bethy-Huc schließt sich dem Protest der Conservativen an, obgleich er das Recht des Herrenhauses zu dem gesunkenen Beschuß für sehr zweifelhaft hält. — Abg. Österrath bittet die Resolution zu theilen, da er mit einigen Punkten nicht einverstanden sei, und deshalb sonst gegen die ganze Resolution stimmen möchte. — Minister Graf Izenpflz protestiert im Namen des Ministeriums. — Abg. Graf Schwerin ist der Ansicht, daß die Sache, welche in der Resolution enthalten sei, ganz selbstverständlich sei. — Abg. v. Hoverbeck macht darauf aufmerksam, daß der Graf Schwerin im Jahre 1862 die gleiche Behandlung für gerechtfertigt erklärt habe.

Abg. v. Bockum-Dolffs macht darauf aufmerksam, daß man ganz so wie im Jahre 1862 verfahren sei. Wenn die Regierung jetzt mittheilen wolle, wann das Haus geschlossen werde, dann sei es vielleicht möglich, diese Debatte auf morgen zu verschieben. — Abg. Schulze (Berlin): Es handelt sich nicht um einen legislativen Act, sondern um die Wahrung seiner verdeckten Prätrogative, und darüber hat das Haus selbstständig zu berathen und zu beschließen. Das Land erwarte Beschlüsse ohne viel Reden und in solchem Halle, wo es sich um die heiligsten Rechte handle. — Abg. Graf Schwerin hält eine Beratung auf morgen für wünschenswerth. Dann könne die Regierung nicht sagen, daß sie nicht gehört werden sei. — Abg. v. Hoverbeck macht darauf aufmerksam, daß die früheren Präcedenzfälle für das jetzige Verfahren entschieden und daß Graf Schwerin sich damals ohne Protest dem gefügt habe. — Abg. v. Blankenburg: Er erkläre, daß er sich über die Annahme der Resolutionen freuen würde und habe sich deshalb die Brille aufgelegt. (Valte Unterbrechung, in denen die Worte des Redners verhallen.)

Ref. Abg. v. Hordenbeck: In Folge der Neuverhandlungen des Hrn. Handelsministers richte ich die Frage an die anwesenden Vertreter der Staatsregierung, ob die Staatsregierung bereit ist, sich morgen an einer Berathung zu betheiligen. Nach einer kurzen Pause erklärt Präsident Grabow: Aus dem Schweigen der Minister entnehme ich, daß das Haus binnen sehr kurzer Zeit geschlossen werden wird. Ich muß hier zu meinem Bedauern nochmals constatiren, daß unter dem gegenwärtigen Ministerium der früher nicht dagewesene Brauch sich eingeschlichen hat, der zugleich beweist, wie wenig Achtung die Regierung vor dem Präsidenten dieses Hauses und dem Hause selbst hat, daß der Präsident nicht von den Beschlüssen des Staatsministeriums hinsichtlich der Beratung, Schiebung oder Auflösung vorher in Kenntnis gesetzt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Zur Sache selbst muß ich die erhobenen Proteste als ungünstig zurückweisen, da das Haus in allen den Fällen, wo die Geschäftsordnung keine besondere oder eine zweifelhafte Bestimmung enthält, der eigne Interpret seiner Geschäftsordnung ist und ich mich der Entscheidung derselben selbst zu stützen habe. (Lebhafte Beifall.) Die vom Abg. Österrath beantragte Theilung der einzelnen Resolutionen wird beschlossen.

Bei der Abstimmung selbst werden die 1., 2. und 4. Resolution vom ganzen Hause mit Ausnahme der Feudalen und einiger Katholiken, die dritte gegen die Stimmen der Feudalen, Katholiken und der altliberalen Mitglieder angenommen. Graf Schwerin hat sich nach der Abstimmung über die erste Resolution entfernt.

Der Minister des Innern Graf Eulenburg verwohlt sich gegen die vom Präsidenten des Hauses gefügte Rücksichtlosigkeit und heilt darauf eine kl. Boissch mit, welche zu der Schließung nach dem Weißen Sacre einladet.

Das Haus fährt darauf in der Letzte über die Militärnovelle fort. Die Regierungsvorlage wird bei namentlicher Abstimmung mit 268 gegen 34 Stimmen verworfen. Es haben für die Regierungsvorlage gestimmt: v. Aulock, Graf v. Bethy-Huc, v. Blankenburg, v. Basse (Neustettin), v. Basse (Namslau), v. Eisner, Engelbrecht, Graf zu Eulenburg, Foissig, Franz, v. Gorlitz, v. Göckel, v. Gottsch, Hahn (Mittow), Hoffmann, Hüner, Jaensch, v. Jagow, Kranz (Schlawe), Kund, v. Muschke-Collande, v. Nibelssch, v. d. Osten, Graf Renard, Fhr. v. Richthofen, Graf v. Franken-Sierstorff, Wagners (Neustettin), v. Waldow-Niegenstein, Dr. Wanteup, Graf v. Wartensleben, Wetzl, Woppe; der Abstimmung enthalten hat sich Fhr. v. Vincke-Olbendorf, Graf Schwerin hat bei der Abstimmung gesehlt.

Folgt die Beratung über den ersten Bericht der Untersuchungs-Commission. Der Antrag der Commission lautet: "Die im Einverständnis mit dem Staatsministerium erfolgte Weigerung des Ministers des Innern, des Ministers für Handel und des Ministers für geistliche Angelegenheiten, den Requisitionen der Commission vom 14., 15. und 16. Decem-

nicht oft, sie beschäftigen sich meistens mit einer Spezialität ihrer Handwerke, während der deutsche Arbeiter sein Handwerk durch und durch kennt. Um sich von den Vorlagen des in Deutschland herrschenden Systems zu überzeugen, braucht man nur einen Blick auf Paris zu werfen. Von deutschen Arbeitern kommt jedes Jahr eine große Anzahl nach der französischen Hauptstadt, und es giebt nur wenige von denen, die dort längere Zeit verweilen, welche nicht selbstständig werden, während der gewöhnliche französische Arbeiter, was Schulbildung und Kenntnis in seinem Fache aubelangt, es darin gewöhnlich zu nichts bringt.

Zum Schlusse geht Redner noch auf zwei andere Punkte über, welche die Arbeiter in hohem Grade beschäftigen, nämlich auf die Einführung der Maschinen und die Arbeit der Kinder und Frauen. Redner will nichts von den Maschinen sagen, sondern nur die zweite Frage behandeln. Die Frage sei für die Einen nicht die nämliche, als für die Andern. Er spricht sich zuerst dafür aus, daß man den Elementar-Unterricht obligatorisch mache, was er bekanntlich in Frankreich noch nicht ist. Dann verlangt er als eine Gage, nicht, daß man die Kinder erst mit neun, statt mit acht Jahren (die Kinder dürfen in Frankreich gesetzlich schon mit acht Jahren als Arbeiter benutzt werden) in die Fabriken und Werkstätten senden dürfe, sondern nur, daß man sie statt täglich acht Stunden nur sechs Stunden arbeiten lasse. „Alle diesenigen“, fügt Redner hinzu, „welche bei Gelegenheit der Rekuren-Aushebung unsere großen Fabrikdistrikte besucht haben, werden sich erinnern, daß die jungen Leute, die man zum Militärdienste berufen, das Aussehen fränkischer, aus der Schule herausgelöster Kinder hatten. Ich will nicht versuchen, Ihr Mitleid für das Schicksal dieser Kinder zu erregen; ich weiß alles, was man für die Verbesserung der Arbeits-Bedingungen gethan hat; aber es handelt sich um Kinder von acht Jahren, die täglich acht Stunden arbeiten müssen! Man muß deshalb die Arbeiten der Kinder auf sechs Stunden ermäßigen; man muß es dieser Kinder wegen und zur Ehre des menschlichen Geschlechts thun; man muß es endlich thun, um wirklich Schulen zu erhalten, denn mit der gegenwärtigen Bezeichnung der Arbeit ist die Schule ein Ding der Unmöglichkeit.“

her vor. J. zu entsprechen, verletzt Art. 82 der Verfassung-Urkunde."

Berichterstatter Abg. Senff vertheidigt den Commissions-Antrag mit Hinweis auf das Wahlscript vom 10. October 1861, in welchem es ausgesprochen sei, daß Wahlen, bei welchen durch ungehörige Mittel verhindert worden, daß der Ausdruck der öffentlichen Meinung zur vollständigen Geltung komme, die Regierung keine Stütze gewähren könne. (Die Unruhe im Hause verhindert, den Ausführungen des Redners zu folgen; es ist nur zu constatiren, daß sie von lebhaftem Beifall begleitet werden.)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Das Schweigen der Regierung der Commission gegenüber sei nicht aus der Absicht hervorgegangen, die Thatsachen, die erlassenen Verfügungen, dem Auge der Welt und der Öffentlichkeit zu entziehen. Die Regierung sei der Ansicht, daß die verfassungsmäßige Befugnis der Commission eine andere sei, als die Commission sie auffaßt, und dadurch sei die Regierung in die Negative gedrängt worden. Die legislative Gewalt habe keine Berechtigung, in die Executive einzutreten. Der Antrag der Commission wird mit großer Majorität angenommen.

Präsident Grabow schließt darauf mit einem Rückblick, dem wir folgendes einnehmen: Die Staatsregierung hat dem Hause im Ganzen 30 Vorlagen gemacht. Von ihnen haben die Zustimmung der beiden Häuser 8 Vorlagen, die nur erforderlich gewesene Zustimmung dieses Hauses 3 Vorlagen erhalten. Von den übrigen Vorlagen sind 3 verworfen, über 8 sind zwar die Commissions-Berichte erstattet, aber wegen des Schlusses der Session noch nicht in das Plenum gelangt und die letzten 3 auch in den Commissionen noch nicht erledigt worden. Die Zahl der eingegangenen Petitionen beträgt 376. Davon sind in den Commissionen beraten 161 und in ihnen wegen des Schlusses der Session, mit Einstimmung von 58 gleichlautenden Petitionen der Dissidenten-Gemeinden uneigentlich geblieben 215 Petitionen. Die seit dem 9. November v. J. in einem kaum 2½ monatlichen Zeitraum geforderten, umfangreichen Arbeiten werden dem Lande, auch ohne meine, aus eigener Wahrnehmung gewonnen, auch ohne die vom Ministerialischen wiederholt erfolgte Bestätigung, den unzweckmäßigen Zeit nicht zu entkräften Beweis liefern, daß das Abgeordnetenhaus mit beharrlichem Eifer und Eifer bemüht gewesen ist, die Verfassung in ihrem ureigenen Geiste gegen die eideswidrigen Einbrüche in des Volkes verbriefte und beschworene Rechte zu vertheidigen und das Gediehen und die Wohlfahrt des Landes zu fördern (Bravo), soweit ihm Gelegenheit und Zeit gegeben und trotz der erst vor kaum acht Tagen eingebrachten und zur Beratung im Hause bereits reifen Eisenbahnvorlagen gelassen worden ist. Mit dem Abgeordnetenhaus weiß aber auch das preußische Volk, an wen die Schuld liegt, daß diese an mühevollen Arbeiten überreiche, kurze Session nicht entsprechend, augenblicklich wahrnehmbare Erfolge gehabt hat. (Zustimmung.)

Der seit Jahren durch die ohne Gesetz einseitig durchgeführte Heeresorganisation und durch die verfassungswidrig unterlassene Feststellung des Staatshaushaltsetats herausgewordene Kampf währt trotz dreimaliger Neuwahl des Abgeordnetenhauses fort und nimmt dadurch immer weitere Dimensionen an, daß durch den inmitten der Beratung über den seit 4 Jahren zum ersten Male auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurf, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste, herbeigeführte Landtagschluß aufs Neue die diesinitiative Feststellung d. s. Staatshaushaltsetats pro 1861 gegen den Wortlaut und den Geist der Verfassung vereitelt wird. Nicht gelungen ist es, das Heerwesen Pruhens in den Verfassungstaat einzureihen; der burokratische Zustand dauert fort und hebt das verfassungsmäßige Budgetrecht des Hauses der Abgeordneten gänzlich auf; der dringend gebotene Ausbau der Verfassung durch das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, durch die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung (Bravo), das Unterrichtsgesetz, die Gewerbeordnung in vollständig stiftet. Die liberalen Grundätze des Jahres 1858 sind verlassen. Die Machtfrage verdrängt in unserem engeren und weiteren Vaterlande die Königl. Worte: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist.“ Mit ihr ist die Reaction wieder aufgetreten. Sie setzt den Absolutismus zum Erben des Scheinconstitutionsismus ein. (Lebhafte Zustimmung.)

Mitten in diesen ungelösten, schweren inneren Conflict treten die tief erschütterten äußeren Vergütungen hinein. Die für Preußen seit 1858 in Deutschland gewonnenen, moralischen Erwerbungen sind verloren. Deutschlands Einheit, welche durch Lösung der schleswig-holsteinischen Frage im deutschen Interesse endlich gesichert wäre, wird durch bundeswidrige Souveränitätsbestrebungen seiner Großmutter schwerer denn je wieder in Frage gestellt. Die Reactivierung der heiligen Alliance mit all ihren Gefahren erscheint am europäischen Horizont.

Dies ist die verhängnisvolle Lage unseres engern und weiteren Vaterlandes. Und wer ist in ihr der Roher des Bronzes? Nicht die äußere Macht, sondern die freie Liebe des verfassungstreuen Volkes (Beifall) zu seinem ihm vertrauenden, angestammten verfassungsmäßigen Könige. Sie allein vermag das sturmundrante Staatsgeschiff unter der Flagge der Einheit zwischen Fürst und Volk in den sicheren Hafen der beschworenen Verfassung zu führen und die verfassungswidrigen Handhaben einer selbstsüchtigen Reaction zu überwinden. Sie weiß, daß die beschworene Verfassung das unabstiegbare Banner ist, um welches sich das preußische Volk stets schaaren und welches das selbe gegen jede verfassungswidrige Octroyirung mit allen verfassungs- und gesetzlichen Mitteln vertheidigen wird. (Lebh. Bravo.)

Ihnen, m. H., sage ich meinen aufrichtigen Dank für die mir in der Ausübung meines Amtes gewährte freundliche Nachsicht und kräftige Unterstützung während dieser Session, welche wir mit dem Rufe schließen: Hoch lebe Se. Majestät der König Wilhelm I! Das Hause erhebt sich. Abg. Sello bringt dem Präsidenten den Dank des Hauses dar, in welchen das ganze Hause, mit Ausnahme der Conservativen, lebhaft einstimmt. Präsident Grabow dankt dem Hause dafür, daß sie ihm durch ihre Mitwirkung die Leitung erleichtert haben und schließt mit einem Hoch auf die Verfassung und das preußische Volk, welches fest zu seiner Verfassung steht. In dieses Hoch stimmt die Majorität des Hauses und die Tribünen lebhaft ein.

11. Sitzung des Herrenhauses.

Das Hau trat in die Beratung der Prekmovelle. Herr Daniels befürwortete den verschärfenden Entwurf der Commission. Er bedauerte die Abschaffung der Concessions-Entziehung im Verwaltungsweg, spricht für Enführung von Gefängnisstrafen, da Geldstrafen nicht mehr genügten. Dagegen tritt der frühere Justizminister Herr v. Bernuth auf,

er führt aus, daß, wenn der Entwurf der Commission Gesetze werden sollte, es nur noch eine Regierungspresse geben würde. Herr v. Below ist für das Prinzip der Verwahrungen. Er schildert die Mittel der öffentlichen Aufregung. Die Kreisrichter bildeten Clubs, agitieren auf öffentlichen Märkten.

Das Erscheinen des Ministerpräsidenten, welcher die Reg. Botschaft in Bezug des Schlusses des Landtages verließ, unterbricht die Debatte und wird von der Fortführung derselben abgesetzt. Herr v. Bismarck dankt dem Hause im Namen der Regierung für die wirksame Unterstützung, welche es derselben bei ihren Bestrebungen für das Wohl und die Ehre des Landes gewährt habe. Er sagt: "Wir bestanden uns hinsichtlich dieser Bestrebungen in voller Übereinstimmung mit den Gefühlen des ganzen preußischen Volkes und dürfen so die Hoffnung hegen, daß es uns auch gelingen werde, das angestrengte Ziel glücklich zu erreichen." (Bravo.)

Der Präsident des Hauses theilt alsdann noch mit, daß er eben Mitteilung erhalten habe von dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses in Bezug des Budgets. Nachdem Herr v. Kleist-Retzow ausgeführt, daß dieser Beschluß des Abgeordnetenhauses ungültig gewesen, beschließt die Versammlung, daß betreffend Schreiben ad acta zu legen. Mit einem Schlag auf den König wird die Sitzung geschlossen.

Politische Uebersicht.

Man glaubte allgemein, daß der Schluß der Session erst einige Tage später eintreten würde. Auch in conservativen Kreisen war diese Meinung verbreitet. Der betreffende Beschluß ist auch erst vorgestern Abend spät im Ministerium gefaßt worden. Der rasche Schluß ist ein Sieg des Herrn v. Bismarck. Er hat die Sache als eine große Prinzipienfrage entschieden wissen wollen und ist damit gegen die Anschauung des Handelsministers, welcher das Interesse der Eisenbahnvorlagen geltend zu machen suchte, durchgedrungen.

Die Schließung selbst erfolgte gestern nach drei Uhr im weißen Saale des Reg. Schlosses. Es erschienen etwa 80 Mitglieder der beiden Häuser; überwiegend Mitglieder des Herrenhauses; aus dem Abgeordnetenhaus waren nur die conservative und die katholische Fraktion vertreten; außerdem Präsident Grabow, Herr v. Vincke und Herr v. Bonin. Die Diplomatie war gar nicht vertreten; in der Hofstube einige Kammerherren.

Von der Schließungsrede haben wir nichts Anderes zu sagen, als daß wir sie nicht beprechen wollen. Dean neue Gründe gegen eine Politik, welche bis zu diesem Punkte gelangt ist, vermögen wir nicht aufzufinden. Die alten aber sind an sich selbst vollständig ausreichend, um auf die Überzeugung zu wirken, und sie sind überdies so oft und in so mannigfältigen, jedem Verständnis zugänglichen, Formen dargelegt worden, daß wir eine überflüssige Mühe uns machen würden, wenn wir sie heute noch wiederholen wollten.

Was jetzt kommen wird, liegt außerhalb jeglicher Berechnung. Es ist wahrscheinlich, daß wir vor Entscheidungen stehen, welche für längere Zeit das Schicksal des Landes bestimmen werden. Was auch kommen möge — wir leben der festen Uebersicht, daß das Volk nicht minder als seine Vertreter es gethan, der ernsten Pflichten eingedenkt bleiben werden, welche die Lage des Vaterlandes ihm auferlegt. Das Volk hat seiner inneren Überzeugung wiederholt und unzweideutig Ausdruck gegeben; es weiß, welche hohen und heiligen Güter auf dem Spiele stehen, es ist sich der vollen Verantwortlichkeit, welche es für die Zukunft des Landes trägt, bewußt, es wird — so bosse wir — nach nüchterner Überlegung einmütig und entschlossen für sein Recht auch wilsam einzustehen wissen. — — —

Man spricht von weiteren militärischen Maßregeln, namentlich auch von der Mobilisierung des achten (Rheinischen) Armeecorps.

Aus Kopenhagen, 22. Januar, wird der "Independent" telegraphirt: "In der heutigen Sitzung des Landstings erklärte Monrad, aus dem Vertrage von 1852 folge nicht, daß eine Verbindung Schleswigs mit Holstein in der Weise bestehen müsse, daß beide Länder einen einzigen Staat bilden." Er fügte hinzu: "Wir werden nicht gestatten, daß auch nur einziger deutscher Soldat die Eider überschreite. Unser zukünftiges Programm hängt von dem Glücke des Krieges ab."

Das "Mémorial diplomatique" schreibt: "Als Antwort auf die Sommation der deutschen Großmächte leistet der König von Dänemark das förmliche Versprechen, den Reichsrath einzuberufen, um ihm die Modifizierung der Verfassung vom 18. Nov. vorzuschlagen; zu diesem Behufe verlangt er eine Frist von sechs Wochen, während welcher man eine Combination suchen wird, die geeignet ist, die Wünsche Deutschlands auf Grundlage der Verabredungen von 1851 und 1852 zu befriedigen. Die Form der neuen Verabredungen würde durch weitere Unterhandlungen bestimmt werden. Der König von Dänemark hat sich an die vier nichtdeutschen Mächte, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, gewandt, um von ihrer Vermittelung zu erlangen, daß seine Antwort Österreich und Preußen veranlaßt, nicht zur Besetzung Schleswigs zu schreiten. Die kaiserliche Regierung wird im Einvernehmen mit England sofort Schritte in Wien und Berlin thun, um zu bewirken, daß die zur Besetzung des Herzogthums Schleswigs bestimmten Truppen die Eider nicht überschreiten. Man zweifelt nicht daran, daß Russland und Schweden sich beeilen werden, sich diesem Schritte der Westmächte anzuschließen."

Man telegraphirt der "Presse" aus Hamburg: Laut Copenhagener Berichten soll gestern dafelbst zwischen dem schwedischen Gesandten Hamilton und dem Minister Quaade eine schwedisch-dänische Militär-Convention abgeschlossen worden sein, welcher zufolge im Falle des Krieges schwedische Truppen Seeland mit Copenhagen besetzen, damit die ganze dänische Armee ins Feld rücken könne. Diese Hilfe wird jedoch nur im nachbarfreundlichen Sinne geleistet, und keinesfalls sollen schwedische Truppen an der Action sich beteiligen.

Danschland.

— Der Corvetten-Capitain Henk, Decernent im Kriegsministerium, hat sich in dienstlichen Angelegenheiten nach Stralsund begeben.

— Die Nummer der Nationalzeitung vom Sonntag früh ist polizeilich in Vertrag genommen worden. Posen, 20. Januar. (Königl. Stg.) Unter den Bewerbern um die Präsidentenstelle zu Bromberg hat noch immer Herr v. Mirbach die meisten Aussichten, obwohl dessen Wiedererscheinen in der Provinz Posen, selbst in Beamtenkreisen, wenig willkommen sein wird.

Hamburg. (Königl.) Die sämtlichen kleineren dänischen Kriegsschiffe sollen, wie es heißt, nach eingetretenem Thauwetter sofort nach den schleswig-holsteinischen Küsten auslaufen; auch sollen die dänischen Behörden als Schiffssärzte schwedisch-norwegische Candidaten und Studenten der Medicin engagiren.

— Herzog Carl, der älteste Bruder des Königs von Dänemark und Haupt der Glücksburger Linie, hatte vor seiner Abreise Alles verschw. seinen Bruder, den König, zur Nachsichtigkeit gegen Deutschland zu bewegen; erst als er überzeugt war, daß der König der ultradänischen Partei gegenüber keinerlei Zugeständnisse wagen werde, beschloß er die Reise ins Ausland.

Brunsel, 23. Januar. (Tel. der "Pr.") Erzherzog Ferdinand Max und Gemahlin werden am 4. Februar hier erwartet. Der Herr Erzherzog geht von hier nach Paris und London, sodann nach Rom, um den Segen des heiligen Peters zu empfangen, und wird hierauf an Bord der ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten Fregatte "Novara" von Civitavecchia aus die Fahrt nach Mexico unternehmen, nachdem er vorher in Antwerpen angelegt, um die Frau Erzherzogin Charlotte, welche ihn in Brüssel erwartet, abzuholen. Der Erzherzog wird in Paris mit den einem Kaiser gebührenden Ehren empfangen werden.

Zittern.

— Das bereits erwähnte, im "Diritto" veröffentlichte Manifest Garibaldis lautet:

Caprera, im Januar 1864. An die Italiener! Die Ereignisse drängen sich; wenn das Jahr 1863 zu Ende gegangen ist und die schmachvollen Spuren des Egoismus und der Unreinheit hinter sich zurückläßt, so verspricht das neue Jahr eine bessere Zukunft. Bei den unterdrückten Bevölkerungen, in der Furcht des Despotismus, der an das Recht appelliert, in den riesenhafsten Anstrengungen Polens — die nicht überwunden und nicht zu erwidern sind — in der Unsicherheit der Diplomatie, überhaupt in Allem erkennt man mit Sicherheit das Nahen großer Ereignisse. Ich bin überzeugt, daß sie das Heil Italiens herbeiführen und daß sie der Anstoß zur Erfüllung seiner so lange gehegten heiligen Wünsche sein werden, wenn sich die liberalen Parteien nicht mit dem Abwarten besserer Zeiten zufrieden geben, sondern zum Handeln bereit und einig sind. Die italienische Demokratie, welche den ganzen für die bestreitene Einheit kämpfenden Patriotismus in sich birgt, muß zu der Überzeugung gelangen, daß es nicht genügt, zahlreich, jung und vertrauensvoll zu sein, sondern daß vor Allem Organisation und Disciplin Noth thut. Ich habe diesem Bedürfnisse nicht besser abhelfen zu können geglaubt, als dadurch, daß ich mich mit einer Schar ausgewählter Freunde umgab und im Verein mit ihr einen "Central-Emeits-Ausschuß" bildete. Der Name bezeichnet den Zweck, welcher darin besteht, die erobernden Geldmittel zu sammeln, namentlich auf dem Wege der Collecte, mit welcher ich vorangegangen bin, die Gemüther zur Eintracht, Opferwilligkeit und Pflicht zu stimmen, und das alles zu dem heutigen Ende, die Nation zu befreien und den gefuchtenen Provinzen am ersehnten Tage der Schlacht brüderlichen Beifand zu bringen. Das ist seine Aufgabe; eine andere hat er nicht. Wenn die in ihren Plänen eben so hartnäckige, wie schlaue Reaction sich gegen die Einheit des Vaterlandes verschwört und wenn dieses von den Missgriffen der Regierungs-Politik bedroht wird, einer Politik, gegen die ich protestiere, weil sie mir die Interessen und den Willen der Nation zu vergessen schien, so wird die Pflicht der Enttagung für die Liberalen notwendig um so dringender und heiligster. Mögen sie daher, statt die ungeheure Energie ihres Patriotismus in fruchtlosen und vielleicht gefährlichen Agitationen zu vergeuden, dieselbe vollständig für die Tage aufzubauen, wo das einzige Mittel des Heiles in dem Zusammenschluß aller guten Bürger zum Beistehe der von dem Fremden unterdrückten Brüder bestehen wird. Ich lade somit die Freunde, die bestehenden Vereine und alle guten Italiener, welche es vernehmen, müßige Zuschauer des großen Dramas zu bleiben, welches über ihre Existenz und über ihre Rechte entscheidet, ein, sich um diejenigen Alleinhörner zu schaaren, seine Autorität anzuerkennen und die von diesem Ausschuß oder dessen Abgeordneten ausgehenden Instructionen als die meinigen zu betrachten. Ich lade ferner die freisinnige Presse ein, den Acten des Ausschusses die Unterstützung ihrer Offenheitlichkeit zu leihen. Im Namen des ganzen Ausschusses und in meinem Namen wird der verdienstvolle Bürger Benedetto Cairoli die Acten unterzeichnen. Das ist, ich wiederhole es nochmals, das römische Bündel, welches ich von den Italienern verlangt. Mögen ihre Herzen die Bedeutung meiner Absichten begreifen. Joseph Garibaldi."

Die "Opinione" spricht sich scharf gegen das vorstehende Manifest aus und erblidt in demselben ein Verleumden der wirklichen Verhältnisse.

Rußland und Polen.

Warschau, 25. Januar. (Offiz.-B.) In diesem Jahre haben außergewöhnlich viel Gutsbesitzer ihren Beitrag zum Landes-Credit-Verein nicht bezahlt, und es kommen deshalb im August d. J. hier allein aus dem Warschauer Bezirk 56 Rittergüter zum Verkauf durch Licitation.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 3½ Uhr Nachmittags.

Kiel, 26. Januar, Mittags. Von unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß die Bundescommissare die holsteinischen Stände einberufen wollen.

Danzig, den 26. Januar.

* Die conservativen Partei hat, wie wir hören, einen hiesigen Buchdruckereibesitzer für das schon seit längerer Zeit projicirte conservative Blatt engagirt. Wann dasselbe erscheinen wird, ist noch fraglich.

■ Gestern feierte der hiesige Kaufmann Herr Ed. Brückner sein 50jähriges Jubiläum als Bürger unserer Stadt. Seitens der städtischen Behörden war der Jubilar durch eine Deputation von Magistratsmitgliedern und Stadtvorordneten schon Vormittags glückwünscht worden, und Abends hatte ein frohes Mahl im Leutholz'schen Locale ihn und viele seiner ältern und jüngern Freunde vereinigt. Trotz seiner 70 Lebensjahre legte der Jubilar in seiner bekannten gemüthlichen Weise lebhaftes Zeugniß ab von der geistigen und körperlichen Freiheit, welche er sich bewahrt und in welcher der Himmel ihn ferner erhalten möge, um ihn das in 2 Jahren bevorstehende Fest seiner goldenen Hochzeit in ungetrübter Freude feiern zu lassen.

Hörndepecheschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 26. Januar 1864. Aufgegeben 2 Uhr 1 Min. Angelommen in Danzig 3 Uhr — Min.

Lebt. Ers.

Roggen matter,	Preuß. Rentenbr.	96½	96½		
do.	35	34½	Westpr. Pfdsbr.	84	83½
Januar/Februar	33½	33½	do.	93½	—
Frühjahr	33½	34	Danziger Privatbr.	—	98
Spiritus Jan...	14½	14½	Offpr. Pfandbriefe	84	84
Rüböl do.	10½	10½	Destr. Credit-Actien	73½	74½
Staatschuldchein 88½	88½	88	Nationale	65½	65½
½ über. Anleihe 99½	99½	9½	Russ. Banknoten	86½	86½
5% 59er. Br.-Anl. 104½	104½	Webh. London	6.18½	—	—

Lebt. Ers. Roggen matter, Preuß. Rentenbr. 96½ 96½

Januar/Februar 33½ 33½ Westpr. Pfdsbr. 84 83½

Frühjahr 33½ 34 Danziger Privatbr. — 98

Spiritus Jan. 14½ 14½ Offpr. Pfandbriefe 84 84

Rüböl do. 10½ 10½ Destr. Credit-Actien 73½ 74½

Staatschuldchein 88½ 88 Nationale 65½ 65½

½ über. Anleihe 99½ 99½ Russ. Banknoten 86½ 86½

5% 59er. Br.-Anl. 104½ Webh. London 6.18½ —

Danburg, 25. Januar. Getreidemarkt unverändert und still, nur Ölse - Roggen billiger, doch vergebens offiziell. — Oel fest, Mai 24%, October 24%. — Kaffee loco 1500 Sach Santos ex Laura 7½ — 7% bezahlt. — Kaffee verkauf loco 1000 11%.

Amsterdam, 25. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen Termine 3 % niedriger, sonst unverändert und still. Kaffee April 68%, October 69. Rüböl Mai 39%, Herbst 39%.

London, 25. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) In Weizen, Gerste, Bohnen, Erbsen langsameres Geschäft zu unveränderten Preisen. Hafer geschäftlos und still. Weiter wolkig.

London, 25. Januar. Silber 62%. Consols 90½.

1% Spanier 45%. Mexikaner 35%. 5% Russen 91. Neue Russen 87%. Sardiner 83.

Liverpool, 25. Januar. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Preise gegen vergangenen Sonnabend unverändert.

Paris, 25. Januar. 3% Rente 66, 30. Italienische 5% Rente 68, 65. Italienische neueste Anleihe — 3% Spanier 49%. 1% Spanier 45. Österreichische Staats-Eisenbahnen 391, 25. Credit-mob.-Actien 1021, 25. Lomb. Eisenbahn-Actien 516, 25.

Danzig, den 26. Januar. Bahnpreise. Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 126, 27, 28, 29 — 130/1 — 132/4, 58 nach Dual. 58/61 — 61½, 62½ — 63½, 66½ — 67, 70, 71 1½. dunkelbunt 125/6 — 130, 32½ von 55, 57½ — 60, 61½ 1½. 1% Spanier 45. Österreichische Staats-Eisenbahnen 391, 25. Credit-mob.-Actien 1021, 25. Lomb. Eisenbahn-Actien 516, 25.

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 126, 27, 28, 29 — 130/1 — 132/4, 58 nach Dual. 58/61 — 61½, 62½ — 63½, 66½ — 67, 70, 71 1½. dunkelbunt 125/6 — 130, 32½ von 55, 57½ — 60, 61½ 1½. 1% Spanier 45. Österreichische Staats-Eisenbahnen 391, 25. Credit-mob.-Actien 1021, 25. Lomb. Eisenbahn-Actien 516, 25.

Erbse von 38/40 — 41, 42 1½. Gerste kleine 106, 108 — 110, 112½ von 30 — 32½ 1½. Gerste 110, 112 — 114, 118½ von 31 — 33, 35 1½. Hafer 21, 22 1½.

Spiritus etwas zu 12% 1½ und Partien zu 12½ 1½ gemacht.

Getreide-Börse. Wetter: schwacher Frost. Wind: W. Der heutige Weizenmarkt bot wenig Auswahl, Kauflust und Preise lieben im gestrigen Verhältniß. 100 Lasten sind gehandelt. Bezahlte für 128 1½ bunt bezogen 365, 366, 128, 9, 129 1½ bunt 380, 382½, 1½, 8 1½ hellbunt, 131, 8 bunt 390, 130, 130½ glasig 396, 132, 132½ hellfarbig 400, 132½ hochbunt 410, 415, 133, 134½ glasig 415, 133, 134½ hellbunt 427½, 136, 136½ fein hochbunt glasig 430, 110, 110 1½ 85, 85½. Roggen ziemlich unverändert, 120 1½ 213, 122, 122½ 216, 125, 6, 126 1½ 222, 127, 8 222, 223, 123½, 123, 123½ 125 1½. Spiritus zu 12% und 12½ 1½ gefaust.

Königsberg, 25. Jan. (S. H. B.) Wind: SW. + 4. Böen fernere weichend, hochbunt 121 — 122 — 129, 8 52 — 61 1½, dunkel 121 — 122 — 124, 8 48 — 52 1½, rothe 126 — 129 — 130 1½ 55 — 57½ 1½ bez. — Roggen sehr flau, loco 118 — 122 — 123 1½ 32½ — 34 1½ bez. — Leinwand niedriger, 80, 8 1½ Frühjahr 37½ 1½ Br., 36½ 1½ Od., 120, 8 1½ Mai — Juni 37½ 1½ Br., 36½ 1½ Od. — Gerste unverändert, große 110 — 111 1½ 31 1½, kleine 103 1½ 25 1½ bez. — Hafer geschäftlos, loco 70 — 70 1½ 18 — 26 1½ Br., 50 1½ Frühjahr

Berliner Fondsbörse vom 25. Januar

Gebundene-Aktien.	
Niederrheinisch.	— 31 92 G
Hessen-Darmstadt	— 4 28 et b3 u B
Kassel-Mainz	— 4 101 1/2 B
Aufserdamm-Ritterb.	6 4 104 b3
Bergisch-Märk. A.	6 4 148 1/2 b3
Berlin-Anhalt	8 1/2 4 120 1/2 b3 u G
Berlin-Hamburg	6 4 120 1/2 b3 u G
Berlin-Potsd. Regdb.	14 4 7 1/2 b3
Berlin-Siegen	7 1/2 4 125 b3
Böh. Westbahn	— 5 62 1/2 — 63 b3
Bresl. Sch.-Reich.	8 4 125 b3
Brieg-Neisse	4 4 80 1/2 b3
Elm-Winden	12 1/2 3 67 B
Erster-Oderb. (Wibb.)	1/2 4 49 1/2 b3
do. Stamm-Pr	4 4 1/2 —
do. do.	5 5 —
Ludwigsb.-Bexbach	9 4 136 B
Magdeh.-Halberstadt	5 1/2 4 278 G
Magdeburg-Leipzig	17 4 —
Magdeh.-Wittenb.	1 1/2 4 67 b3
Münz-Ludwigshafen	7 1/2 4 117 1/2 b3
Meissenburger	2 1/2 4 60 1/2 b3 u B
Mesmer-Hammer	— 4 95 G
Niederrhein.-Würt.	— 4 94 1/2 b3
Saale-Elbe-Verkehr	4 4 58 1/2 b3

Gestern Abend 10 1/2 Uhr entschließt nach dreitägigem schweren Leiden der Königl. Lieutenant im Ingenieur-Corps Herrmann Albrecht, was tief bewußt hiermit anzeigt die hinterbliebenen.

Danzig, den 25. Januar 1864.

Bekanntmachung.

Zusfolge Verfugung von heute ist in unser Gesellschaftsregister eingetragen, daß die zu Kattowitz bestehende Handelsgesellschaft S. Meisels et Co. mit dem 1. October 1863 derselbst eine Zweigniederlassung unter der Firma

S. Meisels et Co.

begründet hat. Die Gesellschafter sind:

1) der Kaufmann Saomon Meisels zu Thorn,

2) der Kaufmann Marcus Posner zu Kattowitz

und steht die Verwaltung der Haupt- und Zweigniederlassung ausschließlich dem Gesellschafter ad 1) zu.

Thorn en 17. December 1863.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. [9073]

In unterzeichnete Verhandlung sind eingetroffen:

Bademecum

für

Schleswig-Holstein.

Eine Übersicht des Wissenswertheiten über die nassauischen Herzogthümer. Mit dem Porträt des Herzogs Friedrich von Augustenburg und einer Karte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg.

Preis 5 Sgr.

Eine kurze Beschreibung von dem Lande Schleswig-Holstein und seinen Rechten nebst einem Almanach für die deutsche Nation.

Preis 1 1/2 Sgr.

Stammbaum

des Schleswig-Holsteinschen Fürstenhauses (des Oldenburger) nach seinen Hauptzweigen.

à 20 Sgr. und à 3 Sgr.

Karten von

Schleswig-Holstein,

à 2 1/2, 5, 7 1/2, 10 u. 20 Sgr.

E. Doubberck,
Buch- und Kunsthändlung, Langgasse 35.

Musikalien-Leih-Anstalt

bei

F. A. Weber,

Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung,

Langgasse 78,

empfiehlt sich zu zahlreichem Abonnement.

Vollständiges Lager neuer

Musikalien [435]

Der allgemein beliebte und bekannte Russische Magazin-Bitter

Malakof,

ersungen und dicht nur destilliert von

M. Cassirer & Comp.

in Schwientochlowitz in

Oberschlesien,

wird hiermit Jede man als ein unentbehrlicher Begleiter zu Restaurierung auf Jagden, Reisen und Märkten, wie allen Liebhabern eines überaus obschmiedenden Bier-liqueurs bestens empfohlen in den auto. sitzen Niederslagen für Danzig bei den Herren

C. W. H. Schubert, A. v. Tadden,

A. Pegelow, Gebr. Schwarz,

G. R. Martens, O. M. Hesse,

Vohr & Co.

so wie in den durch unsere Aushänge-

schlösser geführten Verkaufsstellen, ferner:

in Boppo bei Herrn Otto Nunde,

Neustadt bei Herrn Otto Nunde,

Langenrohr bei Herrn Carl Hoffmeister,

Brauerei bei Herrn W. C. Kuk,

und in allen Orten Ost- und West-

Preußen. [8720]

Echter 1863er Champagner v. Charles Heidsieck Rouen, zu haben bei

1869 A. Gaußwindt, Frauengasse 11.

Dividende pro 1863.

Nordb. Friedr. Wibb. — 4 55 — 1/2 b3

Oberösl. Litt. A. u. C. 104 1/2 31 145 1/2 G

Litt. B. 104 1/2 33 133 1/2 b3

Dest. Frz.-Staatsb. 5 5 103 1/2 b3

Oppeln-Tarnowitz 2 1/2 4 55 b3

Altmühl. do. St. Prior. — 4 105 1/2 b3

Rhein-Nahebahn — 4 24 1/2 b3

Whr. Graf. K. Gladb. 4 1/2 32 95 G

Opp. Eisenbahnen — 5 105 G

Stargard-Polen 6 3 98 b3

Dest. Südbahn 8 1/2 136 b3

Thür. 7 1/2 4 120 b3 u B

Dividende pro 1862.

preuß. Bau- Anteile 6 1/2 4 122 1/2 G

Car. Kassen-Verein 5 1/2 4 113 G

Pom. R. Privatbau 5 1/2 4 52 b3

Danzig 6 1/2 4 98 G

Königsberg 5 1/2 4 98 1/2 G

Posen 5 1/2 4 90 G

Magdeburg 4 1/2 2 91 et b3

Loc. -Gem. - Anteil 7 1/2 4 94 b3 u B

Berliner Handels-Gel. 9 4 102 1/2 b3

Stettin 8 1/2 4 74 1/2 — b3

Dividende pro 1863.

preuß. Baut. Anteile 6 1/2 4 122 1/2 G

Car. Kassen-Verein 5 1/2 4 113 G

Pom. R. Privatbau 5 1/2 4 52 b3

Danzig 6 1/2 4 98 G

Königsberg 5 1/2 4 98 1/2 G

Posen 5 1/2 4 90 G

Magdeburg 4 1/2 2 91 et b3

Loc. -Gem. - Anteil 7 1/2 4 94 b3 u B

Berliner Handels-Gel. 9 4 102 1/2 b3

Stettin 8 1/2 4 74 1/2 — b3

Dividende pro 1863.

preuß. Baut. Anteile 6 1/2 4 122 1/2 G

Car. Kassen-Verein 5 1/2 4 113 G

Pom. R. Privatbau 5 1/2 4 52 b3

Danzig 6 1/2 4 98 G

Königsberg 5 1/2 4 98 1/2 G

Posen 5 1/2 4 90 G

Magdeburg 4 1/2 2 91 et b3

Loc. -Gem. - Anteil 7 1/2 4 94 b3 u B

Berliner Handels-Gel. 9 4 102 1/2 b3

Stettin 8 1/2 4 74 1/2 — b3

Dividende pro 1863.

preuß. Baut. Anteile 6 1/2 4 122 1/2 G

Car. Kassen-Verein 5 1/2 4 113 G

Pom. R. Privatbau 5 1/2 4 52 b3

Danzig 6 1/2 4 98 G

Königsberg 5 1/2 4 98 1/2 G

Posen 5 1/2 4 90 G

Magdeburg 4 1/2 2 91 et b3

Loc. -Gem. - Anteil 7 1/2 4 94 b3 u B

Berliner Handels-Gel. 9 4 102 1/2 b3

Stettin 8 1/2 4 74 1/2 — b3

Dividende pro 1863.

preuß. Baut. Anteile 6 1/2 4 122 1/2 G

Car. Kassen-Verein 5 1/2 4 113 G

Pom. R. Privatbau 5 1/2 4 52 b3

Danzig 6 1/2 4 98 G

Königsberg 5 1/2 4 98 1/2 G

Posen 5 1/2 4 90 G

Magdeburg 4 1/2 2 91 et b3

Loc. -Gem. - Anteil 7 1/2 4 94 b3 u B

Berliner Handels-Gel. 9 4 102 1/2 b3

Stettin 8 1/2 4 74 1/2 — b3

Dividende pro 1863.

preuß. Baut. Anteile 6 1/2 4 122 1/2 G

Car. Kassen-Verein 5 1/2 4 113 G

Pom. R. Privatbau 5 1/2 4 52 b3

Danzig 6 1/2 4 98 G

Königsberg 5 1/2 4 98 1/2 G

Posen 5 1/2 4 90